

# INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



## ZEITEN WENDE

**Ralph Rotte** Welche Zeitenwende?

**Sigmar Gabriel** Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung **Kristina Spohr**

Die Wendezeit 1989–1992 **Ursula Weidenfeld** Impllosion einer Krisenkanzlerin?

**Interview mit Stephan Grünewald** »Wir trauen uns keine neuen Ängste zu«

## WO LIEGEN DIE WURZELN DES BREXIT-DRAMAS?



### Volker Berghahn Englands Brexit und Abschied von der Welt

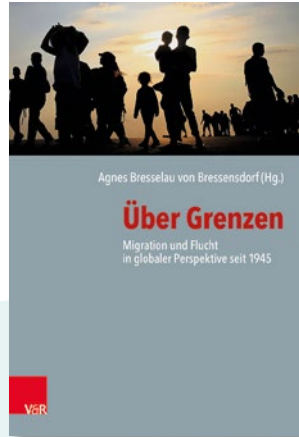
Zu den Ursachen des Niedergangs der britischen Weltmacht im 20. und 21. Jahrhundert

2021. 248 Seiten, geb., € 29,00 D  
ISBN 978-3-525-30607-9  
Auch als e-Book erhältlich.

Als sich 2016 die knappe Mehrheit der Briten in einem Volksentscheid für den Austritt aus der EU entschied, schüttelten nicht nur die Bürger der europäischen Nachbarländer den Kopf. Warum glaubte eine Nation im Zeitalter der internationalen Verflechtungen ihrer Wirtschaft und Politik, im Alleingang durch Erlangung nationaler Souveränität einen erneuten Aufstieg in den Kreis der Großmächte erreichen zu können? Volker Berghahn stellt den Brexit in eine historische Entwicklung, ohne die die Traditionen und Emotionen, die in der Debatte der letzten vier Jahren an die Oberfläche kamen, nicht zu verstehen sind.



## BEITRÄGE ZUR MIGRATIONSFORSCHUNG



### Agnes Bresselau v. Bressendorf (Hg.) Über Grenzen

Migration und Flucht in globaler  
Perspektive seit 1945

2019. 418 Seiten, gebunden  
€ 60,00 D  
ISBN 978-3-525-31079-3  
Auch als e-Book erhältlich.

Die Beiträge des Sammelbandes bieten auf aktuellem Forschungsstand ein breites Panorama an zeithistorischen, politik- und sozialwissenschaftlichen Beiträgen. Sie diskutieren kontroverse Begriffe wie »Arbeits- und Wirtschaftsmigration«, »Zwangsmigration« und »politische Flucht«, analysieren Netzwerke, Infrastrukturen und Akteure verschiedener Migrationsregime und fragen nach Konzepten und Praktiken politischer Steuerung.



# PROLOG

≡ Frank Decker

»Warum soll ich diese Zeitschrift lesen?« Das fragte mich ein sehr geschätzter Kollege aus Berlin, als ich ihm von meinen Plänen berichtete, INDES von Göttingen nach Bonn zu holen und unter meiner Herausgeberschaft neu an den Start zu bringen. Gibt es nicht schon genug wissenschaftliche Zeitschriften – auch solche, die über den Tellerrand des eigenen Faches hinausblicken und/oder sich an der Schnittstelle zur Publizistik bewegen? Als Franz Walter INDES 2011 ins Leben rief, ging es ihm nicht nur darum, für das kurz zuvor gegründete Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Plattform zu schaffen. Die Zeitschrift setzte sich auch das Ziel, die schon damals weit vorangeschrittene methodische und thematische Verengung der Politikwissenschaft zugunsten eines breiteren, historisch fundierten und zugleich interdisziplinären Ansatzes zu überwinden, sich vom Mainstream also ganz bewusst abzusetzen.

An den Gründen dafür hat sich auch nach zehn Jahren nichts Nennenswertes verändert, im Gegenteil: Die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft stimmt bedenklich. Die Einwerbung von Drittmitteln und die Veröffentlichung begutachteter Aufsätze – überwiegend in englischsprachigen Journals – sind immer mehr zum Goldstandard vermeintlicher wissenschaftlicher Qualität avanciert, der über die Karriereperspektiven des »Nachwuchses« entscheidet. Die damit einhergehende Verarmung lässt sich zum Beispiel am Wegbrechen von Länderexpertisen ablesen. Wer sich als Journalist über die Politik und politischen Systeme anderer Staaten kundig machen will, wird sich heute eher an eine Beratungsinstitution wie die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik wenden als an ein politikwissenschaftliches Institut. Dass die Universitäten heute auf Transfer und Öffentlichkeitsarbeit durchaus gesteigerten Wert legen, schlägt sich in den Bewertungsmaßstäben wissenschaftlicher Qualität oder gar Exzellenz ebenso wenig nieder wie eine gute, anspruchsvolle Lehre.

INDES möchte diesem Trend entgegenwirken, indem sie einerseits – wie schon bisher – ein Forum für kommentierende und einordnende Beiträge bereithält, die anhand von Themenschwerpunkten aktuelle Debatten aufgreifen. Dies geschieht in unterschiedlichen Formaten wie Porträts, Interviews, Inspektionen, Kommentaren, Kontroversen und der klassischen Analyse. Andererseits sollen auch ausführlichere wissenschaftliche Abhandlungen in

der Zeitschrift ihren Platz erhalten – innerhalb wie außerhalb des jeweiligen Schwerpunktes und nach einem standardmäßigen Begutachtungsverfahren. Angestrebt wird zugleich eine möglichst optimale Verknüpfung von Print- und Online-Format. Auf der Website sollen nicht nur die aktuelle Ausgabe präsentiert, vergangene Hefte im Archiv recherchierbar sowie Leseproben und ausgewählte Artikel zum Download bereitstehen, sondern auch kommende Schwerpunkte angekündigt und potenzielle Beiträger:innen angesprochen werden. Zudem sollen auf der Onlinepräsenz zusätzliche Beiträge außerhalb des regulären vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus veröffentlicht werden, um auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Des Weiteren will INDES weiterhin nicht nur inhaltlich, sondern auch ästhetisch überzeugen: Die Texte jeder Ausgabe werden ergänzt durch eine zusammenhängende Bebilderung, die konzeptionell sowohl inhaltlich den Schwerpunkt untermalt als auch einen eigenen Beitrag bildet.

Der Bonner Neustart von INDES wäre ohne die Unterstützung und Mitwirkung vieler nicht möglich gewesen. Als erstes danke ich dem Spiritus Rector der Zeitschrift, Franz Walter. Sein Einverständnis und sein »Segen« waren für die Fortführung unabdingbar. Walters Nachfolger im Göttinger Institut Simon Franzmann möchte ich für die unkomplizierte Abwicklung des »Umzugs« nach Bonn danken. Großer Dank gebührt des Weiteren Daniel Sander vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, der der Idee, die Zeitschrift unter neuer Herausgeberschaft fortzusetzen, von Beginn an wohlwollend gegenüberstand. *Last but not least* schulde ich meinen Dank dem Göttinger Team und einer Reihe von Bonner Kolleg:innen: zunächst Matthias Micus, der das Neustartprojekt maßgeblich mitgestaltet, ja mich zu dieser Idee überhaupt erst ermuntert hat, sodann Katharina Rahlf und Volker Best, die die Redaktion anführen und zusammen mit Luisa Rolfes, Tom Pflücke und Jacob Hirsch hochengagiert am jetzt vorliegenden ersten Bonner Heft gearbeitet haben, und schließlich allen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates. Dass sich in dem Kreis viele Bonner Kolleg:innen befinden, ist kein Zufall, versteht sich die Zeitschrift doch als Teil der von der Philosophischen Fakultät gewünschten und gezielt vorangetriebenen Verbundforschung. Ermöglicht wurde der Neustart durch eine vom Dekan Volker Kronenberg bereitgestellte Projektstelle. Dafür möchte ich ihm und seinem Dekanatskollegen Robert Meyer herzlich danken, genauso wie den weiteren Mittelgeber:innen inner- und außerhalb der Universität: Ulrich Schlie und Christine Krüger aus dem Kolleg:innenkreis, Astrid Kuhn von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie und Jasmin Sandhaus von der Brost-Stiftung.

# EDITORIAL

≡ Volker Best/Katharina Rahlf

»Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht«, kommentierte Außenministerin Annalena Baerbock bereits wenige Stunden, nachdem der russische Präsident Vladimir Putin am 24. Februar 2022 seinen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet hatte. Berühmter wurde eine ähnliche Formel aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der drei Tage später anberaumten ersten sonntäglichen Sondersitzung des Bundestags überhaupt: »Wir erleben eine ›Zeitenwende‹. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.«

Doch was änderte sich tatsächlich, was blieb *indes* gleich? Und ist die Rede von der Zeitenwende in Abwägung der Wandlungen und Kontinuitäten überhaupt berechtigt? Oder droht dieser Begriff schon jetzt zu einem zwar populären, aber wenig gehaltvollen Schlagwort zu werden, das als Überraschung verpackt, was doch eigentlich hätte vorausgesehen werden können, gar müssen? Dies zu eruieren, möchte die neue Ausgabe der INDES versuchen.

In guter INDES-Tradition beginnt das Heft gewissermaßen mit einem Widerspruch: Die Scholz'sche Zeitenwende ist demnach gar kein fundamentaler Strukturbruch, die wesentlich wichtigeren Verschiebungen, die »eigentlichen Zeitenwenden« finden anderswo statt, spielen sich subtiler ab. Sodann widmen wir uns den einschneidenden Ereignissen, die 2022 unzweifelhaft – ob man sie nun als Zeitenwende tituliert oder nicht – prägen. Wie wirken sie sich auf internationaler Ebene aus, was bedeuten sie für das Verhältnis zu Russland, was implizieren sie für das Verhältnis zu den USA und zu China, wie übersetzen sie sich etwa in Nordeuropa, wie wirken sie sich auf das europäische Asylsystem aus? Was bedeuten die gegenwärtigen Entwicklungen in und für Deutschland, für unsere Außen- und Sicherheitspolitik, für unsere Energie- und Klimapolitik, für die neue Ampel-Regierung, für die Seelenlage der Bevölkerung? Wie reagiert die sogenannte Kriegsgeneration auf Szenen von Flucht und Vertreibung, welche (kollektiven) Traumata werden möglicherweise reaktiviert? Welche Heldenbilder entstehen in unseren Köpfen?

Am einschneidendsten ist die Zäsur fraglos in der Ukraine. Die Fernsehbilder zerschossener Städte, beschossener Soldaten, erschossener Zivilisten sind leider allzu bekannt. Sie schmerzen noch immer, aber sie schmerzen

immer weniger – und gerade das schmerzt. *Tempora mutantur, nos et mutamur in illis* – Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen. Als Quartalsschrift können wir mit den täglichen Frontverschiebungen naturgemäß nicht Schritt halten, aber vielleicht Schlaglichter auf bislang unterbeleuchtete Aspekte werfen: die Dimension des Cyberkriegs, den politischen Zustand des Landes vor dem Krieg, unter einem Präsidenten, der einen solchen zuvor im Fernsehen mimte.

Wenn es um Zeitenwenden geht, gilt es überdies auch lange Linien zu ziehen. So fragen wir danach, in welchem Verhältnis die Zeitenwende des Jahres 2022 steht zum Ende des Kalten Kriegs und zum Zusammenbruch der



Sowjetunion, die Putin nun in neuer Form wiedererstehen zu lassen entschieden scheint. Wir fragen, welche der aktuellen Entwicklungen schon in den Jahren 1989–1992 ihren Anfang nahmen und inwiefern sich die gegenwärtige Zeitenwende von der damaligen Wendezeit unterscheidet. Wir fragen danach, in welches Licht nun nachträglich die Ära Merkel getaucht wird, in der die Wehrpflicht ausgesetzt und die Abhängigkeit von russischem Gas vergrößert wurde. Wir fragen danach, inwiefern Willy Brandts neue Ostpolitik den Blick der deutschen Sozialdemokratie auf Russland verklärt hat. Und wir lassen die parlamentarische Wende Revue passieren, die diese neue Ostpolitik erst ermöglichte – das (gescheiterte) konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt 1972, ebenso wie das erfolgreiche Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zehn Jahre später, die sogenannte Bonner Wende. Wir blicken gar zurück ins 14. Jahrhundert, als Dante die *Göttliche Komödie* schrieb und in diesem Monumentalwerk persönliches Leid und Schicksal der Menschheit verknüpfte, gewissermaßen eine Zeitenwende literarisch verarbeitet.

Monumentale Umbrüche drohen immer auch, alle anderen, kleineren, aber keineswegs unbedeutenden politischen und gesellschaftlichen Marksteine gewissermaßen zu verschütten. Und natürlich gibt es nicht nur die *eine* Zeitenwende – auch wenn sie gerade in aller Munde ist. Einige solcher übersehenen Zeitenwenden versuchen wir in diesem Heft wieder freizulegen, und betrachten somit auch aktuelle Veränderungen im französischen Parteiensystem, die Lage im Post-Johnson-Großbritannien und den Zustand der deutschen Linkspartei.

Ob 2022 nun als das »Jahr der Zeitenwende« in die Geschichte eingehen wird, dass wagen wir nicht zu prophezeien. Für

INDES allerdings trifft es in gewisser Hinsicht zu: Mit dem vorliegenden Doppelheft beginnt zumindest für uns eine neue Ära, mit neu-alter Redaktion, an neuem Erscheinungsort, unter neuem Herausgeber. Wir freuen uns, dass INDES fortbesteht, und hoffen, unseren Leser:innen geht es ebenso.



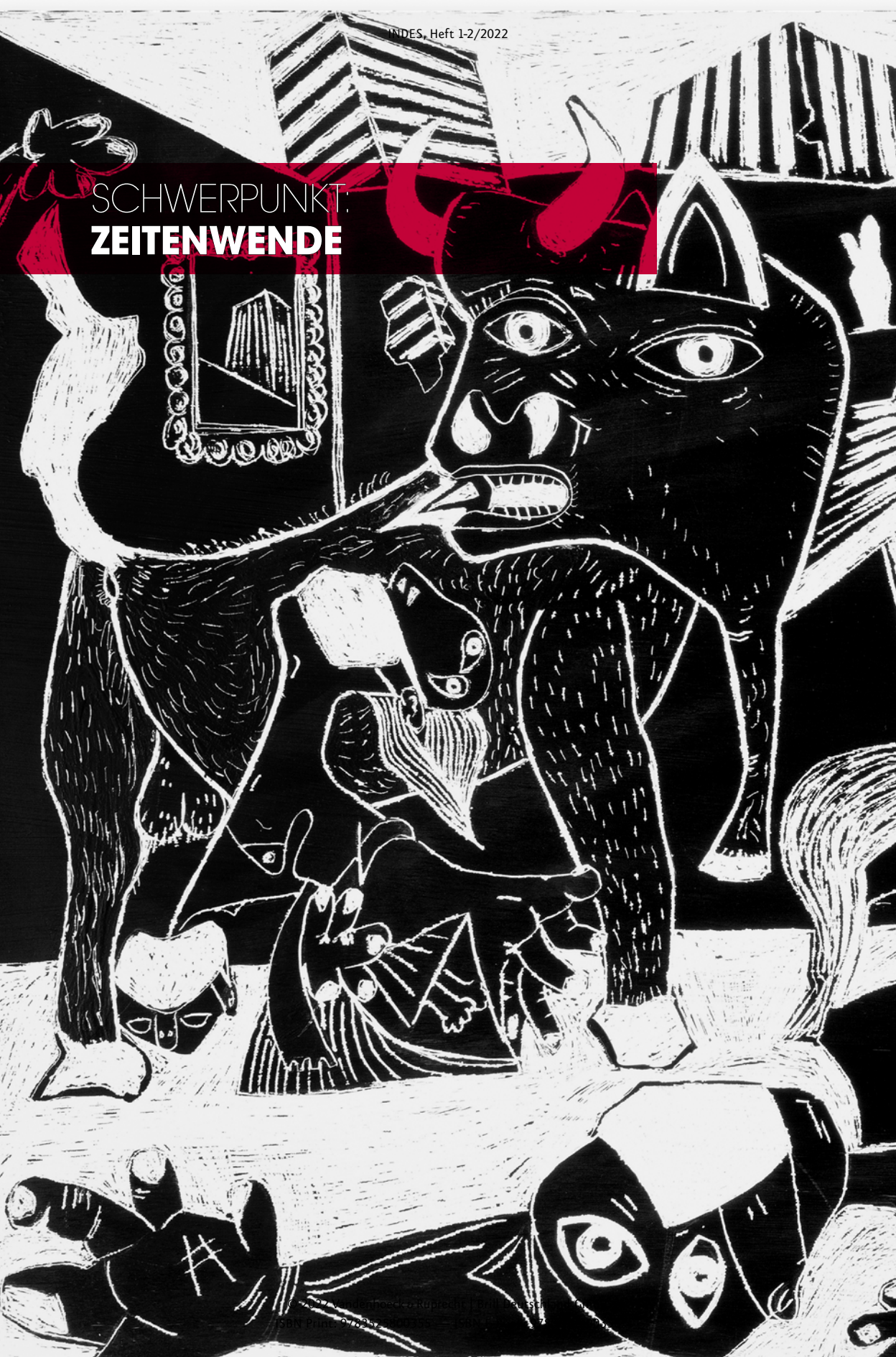
# INHALT

- 1 **Prolog**  
 ≡ Frank Decker
- 3 **Editorial**  
 ≡ Volker Best/Katharina Rahlf
- >> ANALYSE 9 **Welche Zeitenwende?**  
 Zur Kontinuität einer vermeintlich neuen Realität  
 ≡ Ralph Rotte
- 17 **Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung**  
 Konfrontation, Konkurrenz, Kooperation  
 ≡ Sigmar Gabriel
- 32 **Eine historische Ausnahme**  
 Die *Wendezeit* 1989–1992 im Rückblick  
 ≡ Kristina Spohr
- 45 **Nordische Wendemanöver**  
 Sicherheitspolitische Paradigmenwechsel zwischen Kopenhagen  
 und Helsinki  
 ≡ Tobias Etzold
- 53 **Cyberwar**  
 Die digitale Arena des Ukrainekriegs  
 ≡ Philipp von Wussow
- 61 **Überraschend abwehrbereit**  
 Die politische Dimension des ukrainischen Widerstandskampfes  
 ≡ André Härtel
- >> WIEDERGESEHEN 70 **»Diener des Volkes«**  
 Eine TV-Serie zwischen satirischer Fiktion und politischer Realität  
 ≡ Matthias Schwartz
- >> ANALYSE 76 **Im Alltag geboren**  
 Heldenbilder postheroischer Gesellschaften in Zeiten des Krieges  
 ≡ Anna Kavvadias
- >> WIEDERGELESEN 80 **Dantes Apokalypse**  
 Die *Göttliche Komödie* als literarische Bewältigung einer Zeitenwende  
 ≡ Franziska Meier
- >> ANALYSE 90 **Asylpolitische Wende in Europa?**  
 Wie der Umgang der EU mit ukrainischen Flüchtlingen  
 eine neue Aufnahmepolitik inspirieren könnte  
 ≡ Bernd Kasperek
- >> INTERVIEW 97 **»Wir trauen uns keine neuen Ängste zu«**  
 Interview mit Stephan Grünewald über die psychische Lage der Nation  
 im Angesicht von Pandemie und Krieg



- >> **ANALYSE** 110 **Krisenfest im Alter?**  
 Die Kriegsgeneration zwischen Resilienz und Trauma  
 ≡ Karl Haller
- 118 **Die deutsche Demokratie im neuen Krisenzeitalter (I)**  
 Von der Stabilität zur Unsicherheit  
 ≡ Frank Decker
- 127 **Implosion einer Krisenkanzlerin?**  
 Vom Ausfall des politischen Normalbetriebs  
 ≡ Ursula Weidenfeld
- 136 **Zeitenwende und Ostpolitik**  
 So viel Idealismus wie möglich, so viel Realpolitik wie nötig  
 ≡ Nikolas Dörr
- >> **KOMMENTAR** 147 **Zeitenwende: Weckruf für Deutschland?**  
 There is no such thing as a free lunch  
 ≡ Stefan Bayer
- >> **ANALYSE** 152 ***Performing* Zeitenwende**  
 Politikerreden und Publikumsresonanz  
 ≡ Thomas Niehr
- 159 **Fällt der Aufbruch dem Umbruch zum Opfer?**  
 Vom Fortschleppen einer »Fortschrittskoalition«  
 ≡ Volker Best
- 167 **Parlamentarische Zeitenwenden**  
 Konstruktive Misstrauensvoten in der Bundesrepublik  
 ≡ Mahir Tokatli
- 176 **Wende zum Ende?**  
 Die LINKE in der Krise  
 ≡ Julia Reuschenbach
- 184 **Frankreichs neue Parteienlandschaft**  
 Starke Ränder, geschwächtes Zentrum  
 ≡ Simon Braun
- >> **KOMMENTAR** 192 **»Hasta la vista, Baby!«**  
 Großbritannien nach Boris Johnson  
 ≡ Christine Heuer
- PERSPEKTIVEN**
- >> **BRIEFWECHSEL** 201 **»Verzeihen Sie meinen Furor«**  
 Briefwechsel zweier »streitbarer Demokraten« fünfzig Jahre  
 nach dem Radikalenerlass  
 ≡ Eckhard Jesse/Claus Leggewie
- >> **PORTRÄT** 218 **Ich feier' keinen Gottesdienst mehr!**  
 Der Pfarrer und die Revolution  
 ≡ Carsten Linden

SCHWERPUNKT  
**ZEITENWENDE**



# WELCHE ZEITENWENDE?

ZUR KONTINUITÄT EINER VERMEINTLICH  
NEUEN REALITÄT

≡ Ralph Rotte

*»Zum dritten Mal seit dem Ende der 1980er Jahre steht die Welt vor einer Zeitenwende: Gab es mit dem Fall der Berliner Mauer für ein Jahrzehnt lang Hoffnung auf eine liberal geprägte Weltfriedensordnung, so brachte der 11. September 2001 die Ernüchterung. Gegenüber terroristischen Attentaten dschihadistischer Gruppen war sogar die zu dieser Zeit unbestrittene Weltmacht USA verwundbar. Der tektonische Wandel im Zuge des russischen Angriffskriegs macht klar: Die Rivalität zwischen den Großmächten USA, Russland und China der 2010er Jahre ist in eine unmittelbare Konfrontation übergegangen.«<sup>1</sup>*

Die solcherart im diesjährigen Friedensgutachten der großen deutschen Friedensforschungsinstitute zu findende Verwendung des seit Scholz' Bundestagsrede vielzitierten Begriffs der »Zeitenwende« vermittelt zwei zentrale Interpretationen der russischen Aggression gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022: Offenbar gibt es seitdem *erstens* eine fundamental neue und völlig überraschend aufgetretene weltpolitische Lage, das heißt, die Strukturen der internationalen Ordnung insgesamt haben sich mit einem Schlag radikal verändert. *Zweitens* folgt aus dieser grundlegenden Herausforderung eine ebenso grundsätzliche Veränderung der Wahrnehmung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Umwelt und damit des nationalen und internationalen (vor allem europäischen oder westlichen) Handelns gegenüber Russland, aber auch gegenüber anderen autoritären und offensiven Akteuren, wie etwa der Volksrepublik China.

<sup>1</sup> Claudia Baumgart-Ochsner u. a., Stellungnahme. Friedensfähig in Kriegszeiten, in: BICC u. a. (Hg.), Friedensgutachten 2022, Bielefeld 2022, S. 5–13, hier S. 5.

## DIE REALITÄT DES RUSSISCHEN REVISIONISMUS ...

Betrachten wir den ersten Aspekt: Kam der militärische Angriff auf die Ukraine tatsächlich so überraschend? Gehen wir von der tatsächlichen

Entwicklung der russischen Politik seit dem Amtsantritt Vladimir Putins als Präsident 1999/2000 aus, so sprechen die Zeichen zunehmender Aggressivität gegenüber der vermeintlichen Bedrohung durch den Westen, insbesondere die USA und die NATO, bekanntlich eine ganz andere Sprache. Man erinnere sich: Schon ab 1999 stellte Putin im Zweiten Tschetschenienkrieg (bis 2009) seine grundsätzliche Bereitschaft, militärische Gewalt, auch exzessiver Art, zur Erreichung seiner Ziele einzusetzen, zum ersten Mal unter Beweis. 2007 hielt er seine gegen die NATO gerichtete Brandrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. 2008 folgte die Intervention in Georgien, 2014 auf der Krim und im Donbass. 2015 wurden russische Truppen nach Syrien entsandt und sorgten durch ihre brutale Kriegsführung für die Rettung des Assad-Regimes; seit 2017/18 werden – offenbar mit dem Placet der russischen Führung – vermehrt russische Söldner, insbesondere der *Wagner Group*, im Ausland aktiv, etwa in Libyen, in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan oder in Mali. 2022 erfolgte dann (offiziell auf Bitte des kasachischen Präsidenten hin) die Intervention in Kasachstan im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Hinzu kommen die diversen Attentate auf Oppositionelle, auch im Ausland, sowie die Remilitarisierung der russischen Gesellschaft durch die Wiedereinführung der Wehrerziehung an Schulen (2006) und die Gründung der paramilitärischen »Jungen Armee« (*Junarmija*) für Acht- bis Achtzehnjährige (2016), verbunden mit einer demonstrativen Forcierung der Modernisierung der russischen Streitkräfte seit 2008 und häufigen Verweisen auf die russischen nuklearen Fähigkeiten.<sup>2</sup> Verknüpft wird das Ganze mit einer Geschichtspolitik, die nicht zuletzt die machtpolitischen Ansprüche und militärischen Erfolge der russischen Vergangenheit, insbesondere im Großen Vaterländischen Krieg, glorifiziert.<sup>3</sup> Diese Aufzählung macht deutlich, dass Vorbereitung und Einsatz militärischer Gewalt seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire russischer Politik unter Putin gehören und keineswegs etwas Neues sind.<sup>4</sup>

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass es seit 1990 tatsächlich nur maximal sechs Jahre am Stück keinen Krieg in Europa gab, und zwar zwischen dem Georgien-Krieg 2008 und der russischen Intervention auf der Krim und im Donbass 2014. Sieht man von innerstaatlichen Kriegen wie in Tschetschenien ab und berücksichtigt nur zwischenstaatliche Gewaltkonflikte und internationalisierte Bürgerkriege (wie etwa diejenigen infolge des Staatszerfalls Jugoslawiens), so erhöht sich diese Periode auf die neun Jahre zwischen dem Kosovo-Krieg 1999 und dem Georgien-Krieg. Offensichtlich war die europäische Geschichte nach 1990 *faktisch* keineswegs die einer neuen dauerhaften Friedensordnung:

2 Vgl. James Hackett, Die Modernisierung der russischen Streitkräfte, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, H. 2/2021, S. 125–139.

3 Vgl. Rainer Lindner, Putins Geschichtspolitik. Die Inszenierung der Vergangenheit in Russland, in: Internationale Politik, H. 4/2006, S. 112–118.

4 Vgl. Jörg Himmelreich, Großreich Putin, in: Internationale Politik, H. 5/2008, S. 83–85; William Horsley, Russia's revisionism. Democracy and human rights, in: The World Today, H. 2/2009, S. 18–21; Andreas Heinemann-Grüder, Politik als Krieg. Die Radikalisierung des Putinismus, in: Osteuropa, H. 9–10/2014, S. 79–95.

»Der Krieg in Europa ist [...] kein singuläres Ereignis, das die alte Ordnung plötzlich und unerwartet umstößt. Er wirkt eher wie ein Brandbeschleuniger für eine Neuordnung Europas und der Welt, die sich schon lange angekündigt hat.«<sup>5</sup>

### ... UND SEINE WAHRNEHMUNG

Anders sieht es aus, wenn man die Ebene der *Perzeption* der russischen Außenpolitik und der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg betrachtet, das heißt deren Interpretation durch Öffentlichkeit, politische Akteure und auch große Teile der Wissenschaft. In den internationalen *Security Studies* gibt es den Ansatz der »Securitization«, wie er von der sogenannten Kopenhagener Schule entwickelt wurde. Danach sind sicherheitspolitische Herausforderungen keine objektiven Tatsachen, wie dies etwa der Neorealismus unterstellt, sondern das Ergebnis von Diskursen zwischen Eliten und Öffentlichkeit, also sozial-kommunikativ konstruierte Phänomene, die erst durch mehr oder weniger konsensuale Perzeption als solche handlungsrelevant werden.<sup>6</sup> Diese theoretische Perspektive scheint einen guten Erklärungsansatz für die faktische Ausblendung der angeführten Hinweise auf einen zunehmend aggressiven und gewaltbereiten Revisionismus Russlands in Westeuropa und vor allem in Deutschland zu bieten. Denn ganz offensichtlich nahmen bis Februar dieses Jahres viele an, dass die Aggressivität der russischen Politik bei der Bewahrung der russischen Dominanz in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Wiederherstellung russischer Weltgeltung den eigentlichen alten Kontinent nicht betreffen würde und lediglich außereuropäische Gebiete oder allenfalls die europäische Peripherie wie Georgien berühre. Man denke an das oft zu hörende Diktum, der Krieg sei nach Europa zurückgekehrt, was einerseits falsch ist, weil er offensichtlich nie wirklich verschwunden war (siehe oben), und andererseits einen deutlichen Anflug eurozentrischer Überheblichkeit verrät (offenbar ist Krieg in anderen, wohl weniger »zivilisierten« Weltteilen ganz normal).

Neben der Hoffnung auf eine Verstetigung der Errungenschaften von 1990 mit der Überwindung der Blockkonfrontation und eine dauerhafte Realisierung einer »Friedensdividende« aufgrund wachsender ökonomischer Interdependenz mit Russland im Sinne des »Liberalen Friedens« spielt im westeuropäischen Kontext wohl auch eine gewisse Arroganz gegenüber den neuen osteuropäischen Mitgliedern von NATO und EU wie Polen und den baltischen Staaten mit, deren wiederholte Warnungen vor einem revisionistischen Russland geflissentlich ignoriert wurden. Gerade im deutschen Fall gab es offenbar auch die Überzeugung, Sonderbeziehungen zu Russland

<sup>5</sup> Ursula Schröder, *Hic sunt dracones. Wege zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa*, in: *Forschung und Lehre*, H. 6/2022, S. 452–453, hier S. 452.

<sup>6</sup> Vgl. Michael C. Williams, *Words, Images, Enemies. Securitization and International Politics*, in: *International Studies Quarterly*, H. 4/2003, S. 511–531.

zu haben, sei es wegen der eigenen wirtschaftlichen Bedeutung, sei es aufgrund einer besonderen historischen Verbundenheit. Dabei wurde Letztere wohl aus verschiedenen Quellen gespeist: von einer links wie rechts verteilten Skepsis gegenüber dem Westen und insbesondere den USA über das Vermächtnis des »Unternehmens Barbarossa« bis hin zur Anfang des 20. Jahrhunderts verbreiteten Vorstellung, Deutschland bilde »zwischen der westeuropäischen und der osteuropäischen Kultur einen eigenen, dritten Kulturraum«<sup>7</sup> – welche stark an russische Diskurse von den »Slawophilen« des 19. Jahrhunderts bis zu den »Eurasiern« von heute erinnert.<sup>8</sup> Nicht zu Unrecht titelte die *Neue Zürcher Zeitung* am 2. Juli 2022 fast ironisch: »Deutschland entdeckt den Westen«.

## DIE ROLLE DER WISSENSCHAFT

Dass die Zeitenwende auch im (sozial-)wissenschaftlichen Kontext für die meisten so überraschend kam, hat möglicherweise auch damit zu tun, dass in der deutschen Universitäts- und Forschungslandschaft der Bereich klassischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) nach 1990 weitgehend zugunsten der Friedensforschung verschwunden ist. Bereits seit den 1970er Jahren

*»hat die Friedensforschung einen starken Einfluss auf die IB, insbesondere in Deutschland, Skandinavien und einigen Ländern des globalen Südens, mit deutlichen Abstrichen auch in Großbritannien und den USA, gehabt. Beiträge und Personen aus der Friedensforschung waren zentral für die Erneuerung der IB seit den 1970er Jahren, sie hat den Paradigmenwechsel in den IB von Spielarten des Realismus zu Ausformungen des Idealismus nachhaltig befördert.«<sup>9</sup>*

Gerade im deutschen Kontext haben sich die Internationalen Beziehungen immer weiter vom Modell eines anarchischen internationalen Systems entfernt und einer »Vorstellung einer globalen Ordnung, die in normative Strukturen eingebettet ist«<sup>10</sup>, angenähert. Die dabei bestehenden deutlichen Unterschiede zur US-amerikanischen oder britischen Perspektive Internationaler Beziehungen werden unter anderem an der weiterhin zentralen Rolle von Feldern wie *Strategic Studies*, *War Studies*, *Military History* oder *Defence Studies* an angelsächsischen Universitäten deutlich – Ausrichtungen, die in Deutschland mit wenigen Ausnahmen nicht zu finden sind. Hierzulande ist die wissenschaftliche Befassung mit Krieg und Militär nicht zuletzt aufgrund der deutschen Geschichte weitgehend verpönt, ebenso wie die damit verbundenen, vor allem machtpolitisch orientierten Theorierichtungen der

7 Ralph Rotte, Vom »Zwiespalt der Kulturen« zum »Clash of Civilizations«. Das exemplarische Scheitern des Liberalen Friedens 1914 und seine Lehren für die internationale Politik der Gegenwart, Neured bei München 2001, S. 366 f.

8 Vgl. Igor V. Podberezsky, Between Europe and Asia: the search for Russia's civilizational identity, in: Gennady Chufrin (Hg.), *Russia and Asia. The Emerging Security Agenda*, Oxford 1999, S. 33–51.

9 Michael Brzoska, Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, H. 1/2012, S. 127–141, hier S. 130.

10 Nicole Deitelhoff & Michael Zürn, *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen*. Per Anhalter durch die IB-Galaxis, München 2016, S. 9.

(neo-)realistischen Tradition der IB: »Ein Krieg in Europa galt als dystopische Phantasie von Ewiggestrigen.«<sup>11</sup>

Dass infolge einer weitgehenden Ausblendung von Krieg als Thema der Sozialwissenschaften<sup>12</sup> das tatsächliche Auftreten militärischer Gewalt großen Stils überraschend erscheint, nimmt wenig wunder. Schlaglichtartig sei im Gegensatz dazu etwa auf den US-amerikanischen Neorealisten John Mearsheimer verwiesen, der bereits 1993 die Ukraine helllichtig davor warnte, ihre von der untergegangenen UdSSR übernommenen Nuklearwaffen aufzugeben, und hierzu unter anderem anführte:

*»[M]any Russians would change the present border with Ukraine, and some even reject the idea of an independent Ukraine. Senior Russian officials [...] have recently been describing Ukraine's independence as a ›transitional phenomenon [...]«<sup>13</sup>*

#### DIE AMBIVALENTE REAKTION AUF DEN »UKRAINE-SCHOCK«

Wenden wir uns dem zweiten Aspekt der »Zeitenwende« zu, dem fundamentalen Kurswechsel der (westlichen) Außen- und Sicherheitspolitik als Reaktion auf die russische Aggression, so ergeben sich mit Fortdauer des Krieges ebenfalls zunehmend Fragezeichen hinsichtlich der angeblich so grundlegenden Umwälzung des Februar 2022. Mittlerweile ist ersichtlich, dass der Westen keineswegs so einig ist, wie dies in den ersten Tagen des Krieges erschien. Erinnerung sei an die wirtschafts- und energiepolitischen Sonderinteressen von Staaten wie Ungarn, Tschechien oder der Slowakei beim Öl-embargo der EU oder an den Verzicht auf Einfuhrverbote für Erdgas und verschiedene, für die Industrie wichtige Metalle, welcher nicht zuletzt auf deutsche Importabhängigkeiten zurückzuführen ist. Auch hinsichtlich der Waffenlieferungen an die Ukraine offenbaren sich deutliche Unterschiede zwischen den osteuropäischen Ländern (Polen, baltische Staaten), den USA und Großbritannien auf der einen, und etwa Deutschland, Frankreich und Italien auf der anderen Seite. Trotz aller rhetorischer Härte gibt es bei Letzteren noch immer die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes, wohl nach dem Muster der (gescheiterten) Minsker Abkommen. Das weiterbestehende Ziel eines irgendwie gearteten Arrangements mit Russland, etwa als eines zukünftigen Partners gegenüber China, ist dabei seit Jahrzehnten eine Konstante insbesondere der französischen Außenpolitik,<sup>14</sup> welche sich auch in der aktuellen Lage nicht völlig geändert zu haben scheint. Zusammen mit weiterbestehenden Eskalationsängsten und einer bereits spürbaren

**11** Georg Häsler, Stell dir vor, es ist Krieg, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.06.2022, tiny.one/indes221a1.

**12** Vgl. Ralph Rotte, Das Phänomen Krieg. Eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 69–73.

**13** John Mearsheimer, The Case for a Ukrainian Nuclear Deterrent, in: Foreign Affairs, H. 3/1993, S. 50–66, hier S. 55.

**14** Vgl. Raoul Castex, Moscou, rempart de l'occident?, in: Revue de défense nationale, H. 11/1955, S. 129–145.

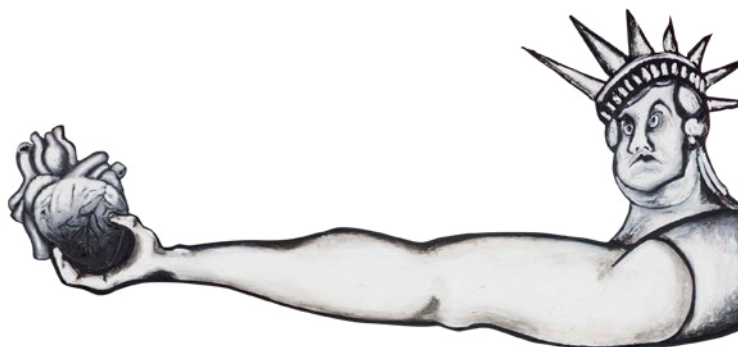
Ermüdung der Öffentlichkeit angesichts des andauernden Abnutzungskrieges und der Inflationswirkungen der Sanktionen erscheint die längerfristige Entschlossenheit des Westens, Russland in seine Schranken zu weisen, keineswegs gesichert.

Selbst die Zeitenwende in Form des Hundert Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr erweist sich bei näherem Hinsehen als weniger beeindruckend als ursprünglich gedacht. Nicht nur war die dafür erforderliche Grundgesetzänderung von parteipolitischem Kleinklein geprägt; die tatsächliche Investitionswirkung fällt auch geringer aus, als das Paket vermuten lässt: So beläuft sich bekanntlich allein der Ausgabenbedarf für die Auffüllung der Munitionsdepots der Bundeswehr auf zwanzig Milliarden Euro. Entgegen der vollmundigen Ankündigung des Bundeskanzlers, Deutschland werde ab sofort jährlich zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben, sieht die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung zudem vor, den Verteidigungsetat in den nächsten Jahren bei gut fünfzig Milliarden Euro zu belassen, was gegenwärtig rund 1,4 Prozent des BIP entspricht. Dass das Zwei-Prozent-Ziel im Durchschnitt der nächsten Jahre erreicht werden dürfte, liegt an den Zusatzmitteln des Bundeswehr-Sondervermögens, welches aber keineswegs verstetigt ist. Einer nachhaltigen Finanzierung der Streitkräfte auf deutlich höherem Niveau als bisher entspricht das wohl nicht. Dies nährt den Verdacht, dass die verteidigungspolitische »Zeitenwende« nur ein Strohhalm sein könnte, zumal ein massiver Ausbau der Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie angesichts von Personalmangel und bislang fehlender Planungssicherheit ebenfalls nicht gesichert erscheint – und ohnehin technisch gar nicht kurzfristig möglich ist.

Auch hier ist hinsichtlich der notwendigen Selbstkritik der Sozialwissenschaften ein Aspekt zu unterstreichen: Nicht zuletzt die deutsche wissenschaftliche Community war hinsichtlich der Handlungsoptionen als Reaktion auf die russische Aggression in großen Teilen unvorbereitet. Dies mag wiederum damit zusammenhängen, dass die sicherheitspolitische und strategische Forschung in Deutschland gegenwärtig unterentwickelt ist und entsprechend Arbeiten zu Bedrohungen und verteidigungspolitischen Worst-Case-Szenarien rar sind:

*»Die zentrale Unterscheidung zu den Strategischen Studien und den Sicherheitsstudien ist das Erkenntnisinteresse der kurz- und langfristigen Minderung von Gewaltanwendung in der Friedensforschung gegenüber dem Ziel der Verbesserung der Position der ›eigenen Seite‹ gegenüber Bedrohungen und Risiken [...]. Friedensforschung und Strategische Studien mögen sich analytisch mit denselben*





*Gegenständen befassen, etwa den Konsequenzen aus der Vermutung, dass der Klimawandel in Zukunft Sicherheitsprobleme schaffen könnte, unterscheiden sich aber grundsätzlich in Bezug auf die politischen Schlussfolgerungen.»<sup>15</sup>*

Der Mangel an Beratungswissen aus den Strategischen Studien führt möglicherweise dazu, dass die Verteidigungspolitik der »Zeitenwende« wie oben erwähnt durchaus improvisiert und nicht immer völlig durchdacht erscheint, etwa im Hinblick auf das längerfristige Verhältnis zu Russland.

#### DIE EIGENTLICHE »ZEITENWENDE«

Die in der öffentlichen Diskussion primär thematisierten Aspekte der »Zeitenwende« scheinen daher nur in beschränktem Ausmaß Elemente eines tatsächlichen politisch-gesellschaftlichen Strukturbruchs zu sein. *Indes* sind es zwei andere, nur allmählich in das Bewusstsein vieler Beobachter tretende und vor allem nicht intendierte bzw. nur begrenzt von nationaler Politik steuerbare Punkte, welche längerfristig tatsächlich fundamentale Veränderungen nach sich ziehen könnten. Sie haben mit der Einordnung der Konsequenzen des Ukrainekrieges in die größere, globale Konstellation zu tun, und der laufende Konflikt hat für sie eine, wenn nicht ursächliche, so doch katalytische Bedeutung. *Zum einen* ist da die Frage der bereits im Eingangszitat angesprochenen zunehmenden Blockbildung zwischen den autoritären Regimes wie Russland und China auf der einen und den westlichen Demokratien auf der anderen Seite. Diese vollzieht sich in den westeuropäischen Staaten und insbesondere in Deutschland deutlich langsamer und unwilliger als etwa in den Vereinigten Staaten, was nicht nur an der dominanten idealistisch-normativen Sicht auf die internationale Politik liegt, sondern auch an den Folgen für das etablierte, stark exportorientierte Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik und damit für den Wohlstand der Deutschen. Im Unterschied zur Bundesrepublik stehen das *Decoupling* von China und der Zwang zur Verkürzung und Diversifizierung strategisch wichtiger Lieferketten schon spätestens seit der Amtszeit Präsident Trumps auf der US-amerikanischen (wie im Übrigen auch auf der chinesischen) Agenda. Die deutsche Wirtschaft und Politik nehmen die

15 Michael Brzoska, Friedensforschung und Internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, H. 1/2012, S. 127–141, hier S. 135.

diesbezüglichen Herausforderungen mit deutlicher Verspätung wahr, nämlich – nach Ansätzen durch die Corona-Pandemie – vor allem infolge der Ukraine Krise und des wachsenden Misstrauens auch gegenüber den Ambitionen der Volksrepublik. Mittlerweile reichen die sicherheitspolitisch geprägten Tendenzen der De-Globalisierung bis hin zur Vorstellung einer »democratic trade partnership«<sup>16</sup>, welche Wirtschaftsbeziehungen mit Verbündeten und demokratischen Systemen präferiert – eine Konstellation, auf die etwa die großen deutschen Konzerne weitestgehend unvorbereitet erscheinen.<sup>17</sup>

*Zum anderen* ist da die sich verschärfende Klimakrise: Die Sicherung der kurzfristigen Energieversorgung zusammen mit der wachsenden Nahrungsmittelkrise vor allem im Globalen Süden führt offenbar dazu, dass klimapolitische Nachhaltigkeitsziele gegenwärtig von der Prioritätenliste der praktischen Politik verdrängt werden.<sup>18</sup> Angesichts der zunehmenden Eigendynamik des Klimawandels und der raschen Annäherung an Kippunkte der Erderwärmung deutet einiges darauf hin, dass die beabsichtigte Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 oder 2,0 Grad mittlerweile höchst unwahrscheinlich ist – mit all den prognostizierten Konsequenzen.<sup>19</sup> In diesem Sinne kennzeichnet die »Zeitenwende« nicht nur die Manifestation des selbstverschuldeten Scheiterns einer allzu optimistischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik nebst ihrer wissenschaftlichen Wahrnehmung und privatunternehmerischen Prägung sowie das nun (teilweise noch immer halbherzig) erfolgende Umsteuern einer schockartig mit der Realität konfrontierten Gesellschaft. Vielmehr ist sie der Übergang in eine zunehmend antagonistische, agonale internationale Ordnung und langfristig gefährliche Zukunft, die weit über die aktuelle Konfliktkonstellation und die Frage des Umgangs mit Russland hinausweist – an die wir uns aber gewöhnen müssen.

**16** Ash Jain & Matthew Kroenig, A Democratic Trade Partnership. Ally Shoring to Counter Coercion and Secure Supply Chains, Washington DC (Atlantic Council) 2022.

**17** Vgl. Rolf J. Langhammer, Reluctant US vs Ambitious German Direct Investment in China – The Tale of Two Strategies, Kiel Institute for the World Economy Policy Brief 162/2022.

**18** Vgl. Jürgen Scheffran, Klimaschutz für den Frieden. Der Ukraine-Krieg und die planetaren Grenzen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2022, S. 115–120.

**19** Vgl. IPCC, Klimawandel 2021 – Naturwissenschaftliche Grundlagen. Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. Beitrag von Arbeitsgruppe I zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, Bonn 2022.



© Martin Lux

**Prof. Dr. Ralph Rotte**, geb. 1968, ist Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen University. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Internationale Konfliktforschung, Strategische Studien und Internationale Politische Ökonomie. Er ist außerdem Research Fellow des Institute of Labor Economics (IZA), Bonn, und Fellow des Forschungsnetzwerks Global Labor Organization (GLO).

# AUF DER SUCHE NACH EINER NEUEN WELTORDNUNG

KONFRONTATION, KONKURRENZ, KOOPERATION

≡ Sigmar Gabriel

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nicht nur Folgen für die Europäische Union und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes. Vielmehr ist dieser Krieg der sichtbarste und auch der bislang tragischste Beleg dafür, dass sich die Welt in einem dramatischen Wandel befindet: Die alte Weltordnung, die von den demokratischen Industriestaaten geprägte »Wilsonian Era«, verliert ihre prägende Kraft, und mit ihr endet auch die Dominanz Europas in der Welt. Immerhin gut 600 Jahre lange war unser Kontinent – im Guten wie im Schlechten – Ursprungsort weltweiter Entwicklungen. Europa war Ausgangspunkt der Entdeckung Amerikas wie auch der Sklaverei und des Kolonialismus, und die Philosophie der Aufklärung hat hier ihren Ursprung ebenso wie zwei Weltkriege, Völkermord und der Holocaust. Nicht mehr der Atlantik – und die enge Verbindung Europas mit dem amerikanischen Kontinent – bildet das Gravitationszentrum der Welt, sondern mehr und mehr der Indo-Pazifik.

Länder wie China, Indien oder die Staaten Afrikas waren an der Entstehung der alten Weltordnung in der Folge zweier Weltkriege in Europa nicht beteiligt. Die europäischen Mächte und die USA nannten diese Regionen »Dritte Welt« und blickten bestenfalls mit einem paternalistischen Blick auf sie herab. Längst erheben diese Länder den Anspruch, weit mehr zu sein als ein günstiger Marktplatz für die ökonomischen Interessen ihrer früheren Kolonialherren. Und das zu Recht, denn allein die Nationen des Indo-Pazifik repräsentieren rund sechzig Prozent der Weltbevölkerung und sechzig Prozent des Weltsozialprodukts; und rund zwei Drittel des globalen wirtschaftlichen Wachstums sind dieser Region zuzurechnen. Und auch in Afrika, wo insbesondere die ehemaligen europäischen Kolonialmächte großen Anteil an der gescheiterten Dekolonisation hatten, zeigen sich seit der Bildung der Freihandelszone erste Ansätze eines geopolitischen Selbstbewusstseins.

TEKTONISCHE VERSCHIEBUNG GLOBALER MACHTACHSEN

Wir sind also Zeitzeugen einer tektonischen Verschiebung der Machtachsen unserer Welt – der wirtschaftlichen und der politischen, aber auch der Gesellschaftsmodelle. Insbesondere für Westeuropa geht ein bequemes Zeitalter

zu Ende. Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden die USA nach 1945 zu einer europäischen Macht. Die *Pax Americana* löste die *Pax Britannica* ab. Deutschland und – mit Ausnahme Frankreichs sowie des Vereinigten Königreichs – der Rest Europas entwickelten sich zur *soft power*, die von der integrativen Wirkung wirtschaftlicher Verbindungen überzeugt war. Was aber, wenn die integrative Strategie Europas plötzlich auf eine genau entgegengesetzte, konfrontative Strategie trifft, die bereit ist, erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, um schlicht an geopolitischer Macht zu gewinnen, wie es derzeit auf Russland zutrifft? Bislang konnte sich Europa in diesem Fall auf die Führungsnation USA verlassen, die mit US-Präsident Joe Biden noch einmal bereit ist, sich im transatlantischen Interesse auf dem europäischen Kontinent in einem Konflikt mit einer fremden Macht zu engagieren.

Das ist auf mittlere Sicht keineswegs selbstverständlich, denn es waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die die globale Achsenverschiebung früh erkannten und proklamierten. George W. Bush sprach als erster US-Präsident von seinem Land als »Pacific nation«; Barack Obama prägte den Ausdruck vom »pivot to Asia«. Der Perspektivenwechsel veränderter Achsen politischer und ökonomischer Kraftzuschreibung hat seine Verankerung in einer zweiten Verwestlichung der USA, die sich gesellschaftlich in der anhaltenden Verschiebung des Bevölkerungsmittelpunkts zum Pazifik manifestiert. So betrachten die USA das aufstrebende China seit Jahren als zentralen Konkurrenten um globalen Einfluss und ökonomische Kraft. Die Vereinigten Staaten selbst sehen sich nicht mehr in der Lage, beides zu sein: führende Wirtschaftsnation *und* globale *indispensible nation*. Der Rückzug aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan und – wäre es nicht zum Ukrainekrieg gekommen – auch aus Europa sollte die Voraussetzungen schaffen, um sich auf den Wettbewerb mit China zu konzentrieren. Zugleich symbolisierte er das Ende der *Pax Americana*, die spätestens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unbestritten die globale Ordnung dominiert hatte. Das dürfte die eigentliche »Zeitenwende« markieren, in der wir uns befinden.

Aber wie soll eine neue globale Ordnung aussehen? Welchen Prinzipien soll sie folgen und wer sie durchsetzen? Der amerikanische Publizist Ian Bremmer beschrieb den gegenwärtigen Zustand der Welt bereits 2012 als »G-Zero World«, als eine Welt ohne Ordnung, eine Welt ohne Hegemon, und damit eine Welt mit allenfalls labilen, weil multiplen Gleichgewichten.

Wir erleben eine wachsende Parallelität von globalen Krisen – Pandemie, Klimawandel, Krieg, Proliferation, Hunger, globale Machtauseinandersetzungen und nicht zuletzt Legitimationskrisen in den Demokratien –, die eigentlich

gemeinsame, internationale Antworten erfordern würden, aber auf eine zunehmende Fragmentierung der Welt stoßen, bei der Nationen und Regionen sich gegeneinander abgrenzen, um in dem globalen Ringen um die Weltordnung des 21. Jahrhunderts eine möglichst gute (nationale) Ausgangsposition einnehmen zu können. Die Gleichzeitigkeit der Krisen hat gravierende Folgen für die Erwartungshaltung: Das Ende *einer* Krise – beispielsweise das Ende des Krieges in der Ukraine – bedeutet nicht das Ende der *anderen* Krisen. Oder um es konkret zu machen: Energie und Benzin bleiben teuer.

#### ZEITENWENDE: GEOPOLITIK SCHLÄGT GEOÖKONOMIE

Die kommende Dekade wird geprägt sein vom Ringen um Einfluss auf eine neue globale Ordnung. Und anders als von uns Deutschen und der Mehrheit der Europäer erwartet, zählt dabei nicht mehr allein der ökonomische Vorteil. Im Gegenteil: Das Zeitalter des Vorrangs der Geoökonomie wird abgelöst durch ein neues Zeitalter der Geopolitik. Nicht mehr ökonomische Potenziale bestimmen die »Währung« der internationalen Politik, sondern Machtinteressen. Der erwartete Zugewinn an politischer Macht und geopolitischem Einfluss auf die Gestaltung einer neuen globalen Ordnung ist entscheidender als der ökonomische Vorteil einer effizient und möglichst konfliktfrei organisierten, arbeitsteiligen Weltwirtschaft. Geopolitik schlägt Geoökonomie. Die *Brexiters* wussten um die ökonomischen Nachteile eines Austritts aus der Europäischen Union, aber der politische Machtzuwachs gemäß ihrem Schlachtruf »Take back control« war für sie weit attraktiver als die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft. In den USA übte der Slogan »Make America Great Again« mehr Anziehungskraft auf Teile der Wählerschaft aus als ihre sozialstaatliche Absicherung. Und das erschreckendste Beispiel für die Unterordnung der Geoökonomie unter die Machtstrategien der Geopolitik bietet natürlich Russland. Die seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen werden in Moskau als eine Art »Großmachtsteuer« empfunden, die man in Kauf zu nehmen bereit sein muss, wenn man im Ringen um die Neuordnung der Welt eine prägende Rolle spielen will.

Doch der »Wettstreit der großen Mächte« kennzeichnet darüber hinaus sehr grundsätzlich eine neue Dominanz der Hierarchien über die Netzwerke. Man kann die Geschichte der modernen industrialisierten Welt mit dem britischen Historiker Niall Ferguson aus dem Spannungsfeld sowie Wechselspiel von Netzwerken und Hierarchien ordnen und verstehen: So folgte auf die erste Globalisierung seit Beginn der Industrialisierung mit dem Ersten Weltkrieg ein Comeback der Hierarchien. Die Jahrzehnte danach kann man

als mühsame und von Rückschlägen geprägte Stärkung der Netzwerke deuten, die erst nach 1989 durchgreifend dominierten.

Nach einer langen Phase intensiver ökonomischer Globalisierung sowie zunehmender Fremd- und Fernbeeinflussung markiert die gegenwärtige Zeitenwende eine neue Dominanz der Hierarchien – innenpolitisch als Verschiebung des politischen Spektrums, außenpolitisch als neuer Nationalismus (»America First«) und Wettstreit der großen Mächte.

## RUSSLAND WILL WIEDER GROSSMACHT WERDEN

Bislang dominieren zwei Mächte diesen geopolitischen Wettbewerb: China und die USA. Der Angriffskrieg auf die Ukraine dürfte Russlands Versuch sein, selbst wieder als Großmacht bei dieser Neuordnung der Welt durch Hierarchien eine Rolle zu spielen. Die Gelegenheit schien günstig, waren die USA doch aus russischer Sicht innenpolitisch so tief gespalten und mit sich selbst und der chinesischen Konkurrenz beschäftigt, dass ein erneutes Eingreifen in Europa als kalkulierbares Risiko erschien. Während die NATO selbst von einem europäischen Staatschef noch vor kurzem als »hirntot« bezeichnet worden war, zeigt sich Europa gespalten in Nord und Süd sowie in Ost und West. Der russische Krieg ist so betrachtet eher Ausdruck der Zeitenwende als seine Ursache.

Russland, das über Jahrhunderte eine europäische Macht war, sank in den letzten dreißig Jahren seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf den Status einer »großen Tankstelle« herab – ein Rohstofflieferant ohne nennenswerten politischen oder wirtschaftlichen Einfluss auf weite Teile Europas. Und genau das will Russlands Führung wieder ändern. Dass dieser Versuch schon heute als gründlich gescheitert erklärt werden kann und die Russische Föderation nach diesem Krieg ein Schatten ihrer selbst sein wird, macht das Land nicht weniger gefährlich, sondern eher noch unkalkulierbarer. Ein neuer »eiserner Vorhang« zwischen Ostsee und Schwarzem Meer wird auf absehbare Zeit die unvermeidbare Folge sein. Wladimir Putin wird das Gegenteil von dem erreichen, was er angeblich durch diesen Krieg verhindern wollte: Die NATO wird hochgerüstet bis an die russische Grenze rücken, was sie bis heute trotz ihrer Mitgliedsstaaten mit einer Grenze zu Russland nicht getan hat. NATO-Truppenverbände – auch die deutsche Bundeswehr – werden in allen ost- und nordeuropäischen Ländern den Truppenverbänden Russlands gegenüberstehen. Und es dürfte lange dauern, bis sich beide Seiten wieder zu Abrüstungsverhandlungen und Truppenentflechtungen bereifinden. Europa und Russland werden erstmals seit der Zeit Peters des Großen wieder vollständig voneinander getrennt sein.

Das Ziel Russlands, erneut Einfluss in Europa zu gewinnen, wird gänzlich ins Gegenteil umschlagen. Dem Kreml bleibt dann allein die wirtschaftliche, politische und militärische Kooperation mit China – jedoch nicht als gleichrangiger, sondern als abhängiger Partner, der ökonomisch durch den Rückschritt auf alte Technologien und angesichts der weltweit voranschreitenden Dekarbonisierung vor einer nachhaltigen Degeneration seiner rohstoffgebundenen Potenziale steht. Ein historischer Wohlstandseinbruch scheint kaum vermeidbar; selbst ein gewandeltes politisches Regime würde allein aufgrund der verlorengegangenen technologischen Anschlussfähigkeit Jahrzehnte brauchen, um eine neue Wohlstandsbasis zu schaffen.

Trotz dieser neuen Trennlinie zwischen Ostsee und Schwarzem Meer wird aus Russland kein zweites Nordkorea – und auch kein Paria der Weltpolitik. Zu viele Staaten sind an Russlands Rohstoffen ebenso interessiert wie an seinen militärischen Exportprodukten. Bei der UN-Vollversammlung stimmten neben Russland zwar nur Belarus, Nordkorea, Eritrea und Syrien explizit gegen eine Verurteilung des Angriffskrieges, doch 35 weitere Staaten enthielten sich der Stimme, darunter China, Indien, Südafrika und 17 weitere afrikanische Staaten. Sie repräsentieren die Hälfte der Weltbevölkerung und interpretieren den russischen Angriff auf die Ukraine vollständig anders als wir: Für sie und viele andere Staaten handelt es sich um einen Stellvertreterkrieg zweier alter Imperialisten, der auf dem Rücken anderer Nationen ausgetragen wird. Denn fehlender Weizen und Düngemittel aus der Ukraine und Russland, explodierende Energiepreise und eine neue Wirtschaftskrise, obwohl die letzte aus der Pandemie noch nicht überstanden ist – all das ist für diese Staaten Folge »westlicher Sanktionen«. Nicht zuletzt deshalb dürfen wir die Auseinandersetzung mit Russland nicht selbst immer wieder zu einem Konflikt zwischen »dem Westen« und Russland erklären, sondern als das benennen, was er im Kern ist: der Versuch einer Re-Kolonialisierung eines Staates, der sich seinen Weg in die Freiheit erkämpft hatte und nun erneut unter die Kontrolle seines alten Imperialherrn zurückgeholt werden soll. Vor allem aber müssen die demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas alles tun, um die drohenden Hungerkatastrophen und die wirtschaftlichen Folgen für die ärmeren Länder des globalen Südens abzuwenden. Dem letzten Gipfeltreffen der G7 in Deutschland fehlte es an solchen Zeichen praktischer Solidarität. Europa muss aufpassen, dass uns nicht erneut doppelte Standards vorgeworfen werden und sich der Eindruck verfestigt, wir wären so sehr auf die Ukraine konzentriert, dass dabei das Elend und die Krisen in unserer direkten Nachbarschaft südlich des Mittelmeers in den Hintergrund treten.

## CHINA: ZWISCHEN BAUM UND BORKE

Die chinesische Führung scheint diese Entwicklung auf den ersten Blick mit Genugtuung zu beobachten. Der alte Rivale Russland, mit dem es noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewaltsame Grenzkonflikte gab, fällt China wie eine »reife Frucht« in den Schoß. Zugleich müssen sich die USA erneut um Europa kümmern, was sie Kraft und Aufmerksamkeit ihres Engagements im indo-pazifischen Raum kostet. Das wiederum erleichtert China die Verfolgung seiner maritimen Interessen in dieser Region; es mag auch erklären, warum China den Eindruck entstehen lässt, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wecke kein besonderes Interesse.

Was kurzfristig wie ein Vorteil aussieht, kann *indes* schnell zu einem erheblichen Risiko werden. Auf nichts ist China mehr angewiesen als auf eine stetige Steigerung seiner Wirtschaftskraft. Und so sehr die chinesische Binnenwirtschaft mit 1,4 Milliarden Menschen dafür große Potenziale bietet, so bleibt China doch ein Land, das nur im weltweiten Austausch von Waren, Dienstleistungen und Technologien seinen »chinesischen Traum« vom Wohlstand für alle erfüllen kann. Die politische Beherrschung des Landes gelingt der chinesischen Führung trotz der in den letzten Jahren immer deutlicher gewordenen ideologischen Regression und Zentralisierung der politischen Macht durch das Versprechen einer verlässlichen Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen – Wohlstand als Ausgleich für den Verzicht auf Demokratie und Menschenrechte. Es scheint sich abzuzeichnen, dass dieses Versprechen durch die Zusage ersetzt wird, den historischen Sieg über das Coronavirus zu erringen. Dafür müssen die Menschen extreme Einschränkungen elementarer Freizügigkeit und gesicherter Versorgung hinnehmen, wie es nun am Beispiel des etwas liberaler eingestuftes Shanghai exekutiert wird. Ein Ende dieser Lockdown-Politik ist angesichts der geringen Impfquote mit zudem schwächeren Impfstoffen nicht abzusehen. Der historische Sieg verlangt deshalb eine dauerhafte Abschottung, zum Beispiel durch die bestehenden Quarantäneregeln.

Die als unverrückbar und einzig richtig dargestellte Anti-Covid-Strategie begründet aber genauso wie die chinesische Haltung zum Ukrainekrieg Zweifel an der bisherigen Verlässlichkeit Chinas für die internationalen Beziehungen und die ökonomische Arbeitsteilung. Die Wirkungen sind bereits dramatisch: Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine hat es einen noch nie gesehenen Kapitalabfluss gegeben, die ausländischen Investitionen in China werden immer geringer und in Shanghai beispielsweise wollen 85 Prozent der ausländischen Fachkräfte das Land verlassen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies zu der Strategie der zwei Wirtschaftskreisläufe – mehr Binnenkonsum, verringerte Exportabhängigkeit – und zusammen mit



der Konzentration auf die indo-pazifische Kooperation (beispielsweise in Form des Freihandelsabkommens RCEP) durchaus in das politische Kalkül Pekings passen könnte. Das heißt *indes* nicht, dass die chinesische Globalisierung zu Ende geht, vielmehr erhält sie ein anderes regionales Gesicht. Dabei benötigt China – angesichts regionaler Divergenz, sozialer Ungleichheit, mangelnden Sozialkapitals, Kapitalmarktineffizienz und demografischer Alterung – für seine eigene Stärkung und für die Entwicklung jener Wirtschaftsräume, in denen es seinen Einfluss machtvoll umsetzen will, genau das Gegenteil: eine weiterhin globale wirtschaftliche Integration, beruhend auf den Grundsätzen der Verlässlichkeit und der Berechenbarkeit.

Genau dieser globale Austausch wird heute massiv durch den Krieg in der Ukraine gestört. Die dramatischste Folge sieht man in den wachsenden Hungerkrisen Afrikas, wo die Ukraine und auch Russland als wichtige Lieferanten für Nahrungsmittel ausfallen. Chinas Interessen auf dem afrikanischen Kontinent dient das ganz gewiss nicht. Teile der »neuen Seidenstraße« führen aus China kommend durch Russland nach Europa. Sanktionen und Gegensanktionen dürften diese Handelsrouten auf lange Zeit unpassierbar machen. Ganz generell also kann eine massive Störung der Weltwirtschaft nicht im Interesse Chinas liegen. Wer die deutsche Debatte um die Energieabhängigkeit von Russland verfolgt, wird schnell erkennen, dass sie mit einer grundsätzlichen Forderung nach De-Globalisierung verbunden ist. So unrealistisch das für eine Volkswirtschaft wie die deutsche auch auf den ersten Blick aussehen mag, weil außerhalb Chinas kein anderes Land so sehr in die internationalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist wie die Bundesrepublik, so trifft diese Diskussion um ein *Reshoring* und *Decoupling* vor allem ein Land: China. Vor diesem Hintergrund ist es letztlich schwer verständlich, warum die chinesische Führung zumindest nach außen versucht, einen »neutralen Standpunkt« im russischen Krieg gegen die Ukraine einzunehmen.

#### RUSSLAND VERLETZT CHINAS AUSSENPOLITISCHE PRINZIPIEN

Der in der Ukraine tobende Krieg ist eben nicht »nur« ein Konflikt »des Westens« mit Russland und auch kein bloßer »Stellvertreterkrieg« der beiden »alten« Supermächte. Im Kern geht es um die Frage, ob ein Staat ungestraft gegen eine der tragenden Säulen des internationalen Rechts verstoßen darf oder nicht.

Für eine stabile internationale Ordnung müssen gerade die mächtigen Staaten und weltweiten Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen und ihr Sicherheitsrat, gemeinsame Prinzipien garantieren: die territoriale Integrität von Staaten, die nationale Souveränität, das Verbot eines Angriffskrieges

und die Lösung von Konflikten durch Verhandlung und Verträge. Immerhin 141 Länder haben in der UN-Vollversammlung den russischen Angriffskrieg verurteilt und ein schnelles Ende der militärischen Auseinandersetzung gefordert. Trotz der erwähnten 35 Enthaltungen gab es in einer solchen Frage noch nie eine so breite Mehrheit. Die Haltung der Vereinten Nationen wirft gerade für China zentrale Fragen auf, denn die Geschichte der Volksrepublik und ihrer internationalen Anerkennung ist eng mit der Vollversammlung der UN verbunden: China wurde Mitglied in den Vereinten Nationen auf der Grundlage einer mehrheitlichen Entscheidung der Generalversammlung im Jahre 1971, die gegen das Votum der USA und anderer Staaten zustande kam und trotzdem ihre internationale Wirkung entfaltete. Seit dieser Mehrheitsentscheidung der UN-Generalversammlung wird die Volksrepublik als alleiniger Vertreter Chinas anerkannt. Grund genug, sich eindeutigen Entscheidungen der Vereinten Nationen nicht entgegenzustellen.

Sichtbar eine aktivere Rolle zur Befriedung des Konflikts oder zumindest für einen dauerhaften Waffenstillstand einzunehmen, wäre für China eine große Chance, seine internationale Reputation deutlich zu erhöhen und insbesondere in Europa die Voraussetzungen für eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit grundlegend zu verbessern. Solange aber der Krieg in der Ukraine nicht gestoppt wird, werden die europäisch-chinesischen Beziehungen und insbesondere die deutsch-chinesischen Beziehungen darunter leiden, denn die chinesische »Neutralität« wird in Europa letztlich als Duldung der russischen Aggression interpretiert.

#### DIE GEWINNER DER GLOBALISIERUNG: CHINA UND DEUTSCHLAND

Auch Deutschland und Europa sollten es sich im Umgang mit China nicht zu bequem machen. So sehr wir uns um eine stärkere Resilienz unserer Volkswirtschaften bemühen und zu Recht eine Strategie der Diversifizierung auch in Südostasien verfolgen: Eine Entkoppelung von China ist weder im politischen noch im ökonomischen Interesse Europas und Deutschlands. Ein Land mit 1,4 Milliarden Menschen wird man sicher nicht unter eine Art »Hausarrest« stellen können, und auch geopolitisch muss Europa seinen Einfluss gegenüber dem Reich der Mitte nutzen – auch wenn dieser auf lange Sicht überschaubar bleiben wird.

China und Deutschland verfügen jeweils über entwickelte Volkswirtschaften mit integrierten (also sich wechselseitig bedingenden und unterstützenden) Ketten der industriellen Wertschöpfung. Trotz aller Unterschiede – etwa hinsichtlich verschiedener wirtschaftlicher Bereiche, Innovationstempo, Geschäftskultur

und regionaler Divergenzen – fußen beide Volkswirtschaften grundsätzlich auf dem Zugang zu Rohstoffen und Energie, und beide sind geprägt vom Export. Deshalb besteht für die zwei Länder, ihre Volkswirtschaften und ihre Unternehmen ein Interesse an freien Zugängen zu Märkten, was die Sicherheit der Lieferwege ebenso umfasst wie die Sicherheit der Lieferketten, auf denen die internationale Arbeitsteilung beruht. Die letzten dreißig Jahre haben nicht nur China zum Gewinner der Globalisierung gemacht, sondern – unter den Industrieländern herausragend – auch Deutschland. Der deutsche Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit China ist von hoher Bedeutung für beide Länder. Das gilt sowohl hinsichtlich des in den letzten Jahren ständig steigenden Umfangs als auch hinsichtlich der Qualität innerhalb der integrierten Ketten der Wertschöpfung. Die Globalisierung unserer Zeit – als Globalisierung der Wertschöpfungsketten – schafft Abhängigkeiten für alle Beteiligten.

Daran ist zu erinnern, weil durch die Erschütterung des russischen Krieges gegen die Ukraine mitunter der Eindruck vermittelt wird, dass darin nun alle Probleme begründet und deshalb Entflechtung und Entkopplung geboten seien. Die Folge wären Wohlstandsverluste für alle, die zugleich die Handlungsfähigkeit in der Transformation zur Klimaneutralität behindern würden. Bei allen Zweifeln an der chinesischen Strategie bleibt es eine unausweichliche Herausforderung, Wege der Kooperation im Gestrüpp der Gegensätze und Interessenkonflikte zu suchen. Das Scheitern der simplen Idee von »Wandel durch Handel« bedeutet nicht, dass Isolation und Autarkie die richtigen Antworten sind. Wir werden – ähnlich wie Australien, Japan und Südkorea – Ambiguitäten aushalten müssen, bei denen es Konfrontationen ebenso gibt wie unterschiedliche Formen der Kooperation.

#### EUROPA IM ABSEITS?

Am 1. Januar 2022 trat die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) in Kraft. Die RCEP, der mit Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland gemeinsam mit China und den Staaten des ASEAN-Verbundes äußerst unterschiedliche Staaten angehören, soll gemeinsame wirtschaftliche Chancen ausloten und realisieren. Und das, obwohl sich diese Staaten zum Teil in harten politischen Konfrontationen befinden, was nicht zuletzt die politischen und zum Teil auch militärischen Spannungen der letzten Monate zeigen. Diese bis dato größte Freihandelszone der Welt umfasst rund dreißig Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung, dreißig Prozent der Weltbevölkerung und dreißig Prozent des weltweiten Handels. Die Europäische Union, die für rund ein Drittel des globalen Handels steht, dürfte bald von der RCEP überholt werden. Welche Lehren wird Europa daraus ziehen?

# INDES ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

## Herausgeber:

Prof. Dr. Frank Decker

## Redaktionsleitung:

Katharina Rahlf (V.i.S.d.P.), Dr. Volker Best

## Redaktion:

Jacob Hirsch, Dr. Matthias Micus, Tom Pflücke,  
Luisa Rolfes

## Konzeption dieser Ausgabe:

Dr. Volker Best

## Redaktionsanschrift:

Redaktion INDES  
c/o Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie  
Universität Bonn

Lennéstr. 27, 53113 Bonn

indes@uni-bonn.de

Online-Auftritt: [www.indes-online.de](http://www.indes-online.de)

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an  
diese Adresse, möglichst per E-Mail. –

Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt ein-  
gesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich. Es gilt die  
gesetzliche Kündigungsfrist für Zeitschriften-Abonne-  
ments. Die Kündigung ist schriftlich zu richten an:  
HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice mbH,  
Leserservice, Holzriesenstr. 2, D-72127 Kusterdingen,  
E-Mail: [v-r-journals@hgv-online.de](mailto:v-r-journals@hgv-online.de).

Unsere allgemeinen Geschäftsbedingungen,  
Preise sowie weitere Informationen finden Sie unter  
[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com).

## Verlag:

BRILL Deutschland GmbH, Vandenhoeck & Ruprecht,  
Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen; Tel.: 0551-5084-40,  
Fax: 0551-5084-454

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine  
Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Ver-  
wertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen  
Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung  
des Verlages.

ISBN 978-3-647-80035-6

ISSN 2191-995X

© 2022 by Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13,  
37073 Göttingen, Germany, an imprint of the Brill-Group  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, The Netherlands; Brill USA  
Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;  
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Germany;  
Brill Österreich GmbH, Vienna, Austria)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill  
Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink,  
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,  
V&R unipress und Wageningen Academic.

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Gestaltung, Satz und Lithografie:  
SchwabScantech, Göttingen

## Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Ursula Bitzegeio

Dr. Felix Butzlaff

Dr. Sandra Fischer

Prof. Sigmar Gabriel

Prof. Dr. Alexander Gallus

Hasnain Kazim

Prof. Dr. Christine Krüger

Dr. Astrid Kuhn

Prof. Dr. Torben Lütjen

Dr. Julia Reuschenbach

Prof. Dr. Jürgen Rüttgers

Prof. Dr. Ulrich Schlie

Prof. Dr. Grit Straßenberger

Prof. Dr. Berthold Vogel

Ulrike Winkelmann

## Illustrationen:

S. 4f., 15, 35, 38f., 122f., 144f.: Oscar Vega

Cover, S. 204: Vasco Gargalo

S. 8, 150f., 200: Alex Dorici

S. 61, 66, 72, 74: B.Marina/@blanca.y.color

S. 84f.: Claudy Jongstra

S. 102f., 106, 208: Javier Granados

S. 130f., 133, 222, 225: Michael Dyne Mieth, [www.dyneart.de](http://www.dyneart.de)

S. 160f.: José Manuel Ballester

S. 172, 175, 180, 213: Miguel Caravaca

S. 49: Dirk Ghys

## BILDKONZEPT Luisa Rolfes

Im Jahr 1937 entwarf Pablo Picasso unter dem Eindruck der massiven und als willkürlich wahrgenommenen, von blinder Zerstörungswut getriebenen Bombardierung der baskischen Stadt Guernica durch deutsche und italienische Truppen das bis heute wohl bekannteste Antikriegsbild, das – gerade in jüngster Zeit – zahlreiche Künstler:innen zu eigenen Versionen inspiriert hat. Die Illustrationen dieser Ausgabe sind allesamt Neuinterpretationen von Picassos »Guernica«. Die meisten von ihnen entstanden noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, thematisieren jedoch die traurige Kontinuität von Krieg, Leid und Zerstörung.

So ist etwa das Covermotiv ein Ausschnitt aus Vasco Gargalos »Alepponica«, einer Neuinterpretation, welche die Bildsprache nah am Original reproduziert, jedoch mit Charakterzügen zentraler Figuren im Kontext des Syrienkriegs versieht, darunter Putin in Gestalt des Stiers. Wer sich näher mit Picassos Werk auseinandersetzt, weiß um dessen Vieldeutigkeit. So kann etwa der Stier sowohl als Symbol von Widerstandskraft als auch von Brutalität, eines Männlichkeitskults oder der Wut des Künstlers selbst gelesen werden.

»Guernica« zeichnet ein Bild von Chaos und Zerstörung, jedoch keine eindeutigen Personifikationen von Gut und Böse. Das spiegelt sich auch in den verschiedenen Neuinterpretationen wider. Michael Dyne Mieth hat in seinem Werk »G18« die Dualität von Gut und Böse, die immer eine Frage der Perspektive sei, anhand eines Schachbretts verbildlicht; als Blumen getarnte Waffen symbolisieren hier die zweifelhafte Funktion von Medien und ihrer Kriegspropaganda. In den Bildern anderer Künstler:innen erscheinen die Zuschreibungen eindeutiger, etwa bei B.Marina, deren Version im Kontext des Ukrainekriegs steht. Oscar Vega reflektiert in seinem Bild soziale Ängste der Gegenwart und Alex Dorici verarbeitet die sozialen Erschütterungen in der pandemischen Gesellschaft. »Guernica de la Ecología« von Claudy Jongstra kommt ganz ohne Akteur:innen aus und versteht sich als Warnung vor den Gefahren des Klimawandels. José Manuel Ballester interessiert sich für die verborgenen Räume im Hintergrund. In den Werken von Miguel Caravaca und Dirk Ghys werden einzelne Figuren aufgegriffen und das Bild mit sexuellen Elementen ergänzt oder kontrastiert. Und zuletzt setzt sich Javier Granados bitter-ironisch mit Picasso auseinander, indem er dem bedrückenden Antikriegsbild unter dem Titel »Paz en Guernica« (Frieden in Guernica) ein naiv anmutendes Bild von Frieden und Leichtigkeit entgegensetzt.

Keine dieser Beschreibungen wird den Kunstwerken im Einzelnen gerecht, jedoch zeigt sich in der Gesamtheit die Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung mit den Krisen der Gegenwart, die sich nicht ohne Grund eines Kunstwerks bedient, das wie kaum ein anderes die tiefe Erschütterung seines Urhebers zum Ausdruck bringt.